

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Fredermann. - Bitte, Frau Ministerin Rundt!

**Cornelia Rundt**, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die NBank hat Bewilligungsmöglichkeiten für Mittel von über 800 Millionen Euro. Das ist einmalig in der Geschichte des Landes. Diese Möglichkeiten setzen sich aus Mitteln des Bundes und aus Darlehen, die über die NBank aufgenommen werden, zusammen. Das Land engagiert sich in erheblichem Maße im Bereich der Attraktivitätssteigerung durch die entsprechenden Richtlinien.

(Zurufe von der CDU: Also null Geld vom Land!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen für Zusatzfragen liegen nicht vor. Damit ist die Fragestunde für diesen Tagungsabschnitt beendet.

Die Antworten der Landesregierung auf Fragen, die jetzt nicht mehr aufgerufen werden konnten, werden nach § 47 Abs. 6 unserer Geschäftsordnung zu Protokoll gegeben. Sie stehen Ihnen in Kürze im Intranet und im Internet als unkorrigierte Drucksache elektronisch zur Verfügung; Sie kennen das.<sup>1</sup>

Ich rufe jetzt auf den

**Tagesordnungspunkt 33:**

**Erste Beratung:**

**Naturnutzung ermöglichen, Angelverbote vermeiden - Natura 2000 praxisgerecht umsetzen -**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6397

Zur Einbringung erteile ich Herrn Kollegen Dr. Hocker das Wort. Bitte!

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr verehrter Herr Minister Wenzel, man hat bei dieser Landesregierung seit dreieinhalb Jahren immer mehr den Eindruck, dass man

<sup>1</sup>Die Antworten zu den Anfragen 2 bis 45, die nicht in der 107. Sitzung des Landtages am 16. September 2016 behandelt und daher zu Protokoll gegeben wurden, sind in der Drucksache 17/6474 abgedruckt.

nicht nur den Landwirten mit ihrer falschen Akzentuierung in der Landwirtschafts- und auch in der Umweltpolitik das Leben immer schwerer machen will, sondern auch gleichzeitig denjenigen, die einen ganz besonders großen Beitrag zu Natur- und Umweltschutz leisten, einen meiner und unserer Meinung nach größeren Beitrag als aller anderen: Es geht um die Jäger und Angler, denen Sie ihr Hobby immer mehr verleiden wollen und ihr Ehrenamt kleinreden wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich spreche von den geplanten Verboten für das Anfüttern und das Nachtangeln, von der Einschränkung bei der Reusenfischerei im Steinhuder Meer, von der Verweigerungshaltung der grünen Landtagsfraktion bei der Diskussion über die Verlängerung des Kormoranmanagements, das ja zum 31. Dezember 2016 auslaufen wird. Als jemand, der selber einen Angelschein besitzt, darf ich Ihnen sagen: Ihre Strategie, uns Anglern die Nutzung unserer Bäche und Flüsse zu verwehren und stattdessen allein auf Ihre Freunde von BUND und NABU zu hören, führt komplett in die Irre, meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Minister Wenzel.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen fordern wir Sie auf, die Arbeitshilfe, der der Niedersächsische Landkreistag gemeinsam mit dem NLWKN zur Sicherung von Natura-2000-Gebieten verabschiedet hat, zurückzuziehen; denn sie ist ein Schlag ins Gesicht der über 90 000 in Niedersachsen organisierten Angler, die übrigens sehr viel Zeit und sehr viel Geld einbringen, um ihr Hobby ausüben zu können und - ich sage es ganz bewusst - um die Natur schützen zu können.

Wir Angler sammeln den Müll an den Uferbereichen unserer Gewässer. Wir bauen Fischtreppen, um die Durchlässigkeit unserer Gewässer zu gewährleisten, meine Damen und Herren. Wir setzen Jahr für Jahr Tausende und Abertausende Euro ein, um Abertausende Fische aussetzen zu können, um das ökologische Gleichgewicht zu erhalten.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Wir kümmern uns tatsächlich um die Artenvielfalt und um den Naturschutz. Alles, was Sie für uns übrig haben, Herr Minister Wenzel, ist ein Tritt in den Allerwertesten. Sie wollen uns wie Aussätzige behandeln und uns den Zugang zu unseren Gewässern verwehren, weil Sie uns als Störenfriede

betrachten. Das werden wir nicht akzeptieren, Herr Minister!

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

Wir erwarten von Ihnen ja noch nicht einmal ein Dankeschön dafür. Wir erwarten nicht, dass wir in irgendwelchen Hochglanzbroschüren Erwähnung finden. Wir erwarten nicht, dass in Sonntagsreden irgendwelche Lobeshymnen auf uns gebracht oder von Ihnen vorgetragen werden. Alles, was wir uns von Ihnen wünschen, ist, dass Sie uns einfach unsere Arbeit machen lassen und sich nicht permanent auf die Seite derer schlagen, die sich selbst so gerne als Naturschützer bezeichnen, aber häufig genug nicht den Hauch einer Ahnung haben, was tatsächlich unterhalb der Wasseroberfläche passiert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Natur- und Artenschutz dürfen nicht an der Wasseroberfläche Halt machen! Allzu häufig hat man bei NABU und BUND das Gefühl, dass sie überhaupt keine Ahnung haben, was unterhalb der Wasseroberfläche stattfindet, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Denn allzu häufig heißt es, dass ein Mitglied dieser Verbände quasi allein durch seine Mitgliedschaft zum Experten wird. Es gehört ja nicht so schrecklich viel dazu, einen monatlichen oder vierteljährlichen Mitgliedsbeitrag zu überweisen. Aber kein einziges Mitglied von NABU und BUND hat auch nur ein einziges Mal einen Nachweis seiner oder ihrer Sachkunde erbringen müssen. Das ist etwas völlig anderes als bei uns Anglern, die wir alle eine Prüfung haben ablegen müssen, um damit tatsächlich zu einem Experten für das Geschehen da draußen werden zu können.

Meine Damen und Herren, wir sagen es Ihnen ganz ausdrücklich: Was da auf den Weg gebracht wurde, die Verbote, die von Ihrem Haus auf den Weg gebracht werden sollen, müssen verhindert werden! Wir fordern Sie auf, Herr Minister, den NLWKN anzuweisen, die Musterverordnung über die Sicherung der Natura-2000-Gebiete zurückzuziehen und gleichzeitig Ihre Möglichkeiten wahrzunehmen, auf den Landkreistag einzuwirken, seine Arbeitshilfe ebenfalls zurückzuziehen.

Wenn es Ihnen wirklich ernst damit ist, mit allen Betroffenen einen Diskurs zu führen, dann gehören selbstverständlich auch wir Angler dazu. Dann wäre es falsch, sich allein auf die Behörden des

eigenen Hauses und auf den Landkreistag zu verlassen und sich von NABU und BUND entsprechende Dinge einflüstern zu lassen.

Ich nehme Sie gerne mal mit - das biete ich Ihnen ausdrücklich an - in meinen eigenen Angelverein nach Achim. Ich garantiere Ihnen, dass es da für Sie - so wie für mich vor einigen Monaten - - -

(Minister Stefan Wenzel bespricht sich mit einem Mitarbeiter seines Hauses)

- Herr Minister? - Es scheint gerade Wichtigeres zu geben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ach, er hört doch zu!)

- Na ja, wenn ich ihn dreimal anspreche, Herr Kollege, dann kann man davon ausgehen, dass er vielleicht nicht aufs Tablet schaut und sich belustigt zeigt.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bitte fahren Sie fort, Herr Kollege!

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

- Herr Kollege Limburg, das ist hier kein Anlass für eine Diskussion!

Herr Kollege, bitte!

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

(Minister Stefan Wenzel: Ich sage gleich etwas dazu, Herr Hocker!)

- Ich freue mich darauf, dass Sie gleich etwas dazu sagen. Vielleicht sprechen Sie dann auch zur Sache. Vielleicht können Sie auch etwas zu dem sagen, was ich gesagt habe, und haben Ihre komplette Aufmerksamkeit nicht anderen Dingen gewidmet.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bitte fahren Sie in Ihrer Rede fort!

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Ja, Frau Präsidentin. Vielen Dank. Die Redezeit läuft ja ohnehin weiter. Deswegen fahre ich gerne fort.

Ich nehme Sie gerne mit, Herr Minister Wenzel - das biete ich Ihnen ausdrücklich an -, zu mir in meinen Anglerverein nach Achim. Da gibt es für Sie - so wie für mich vor einigen Monaten noch - sehr viel zu lernen. Ich bin sicher, dass Ihnen da

an der einen oder anderen Stelle tatsächlich die Augen geöffnet werden würden und Sie sehr viel Kenntnisse und Informationen darüber erhalten würden, wie Naturschutz unterhalb der Wasseroberfläche tatsächlich erfolgt.

Nutzen Sie unsere Sachkenntnis, die Sachkenntnis der Angler in Niedersachsen! Werfen Sie das vorliegende Papier in die Tonne, und lassen Sie uns gemeinsam einen Neuanfang starten!

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und Zustimmung bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Dr. Hocker. - Nun hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Brammer das Wort. Bitte!

**Axel Brammer (SPD):**

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht kommen wir jetzt mal wieder zur Sache und zur Sachlichkeit zurück.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Da sind Sie ja der Richtige!)

- Herr Dr. Hocker, ich habe auch einen Angelschein. Ich weiß auch, wovon ich rede.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Dann fangen Sie mal an!)

Ziel Ihres Antrags ist es angeblich, umfassende Verbote der Angelfischerei und der fischereilichen Nutzung zu verhindern.

Lassen Sie mich dazu kurz auf die Hintergründe der in Rede stehenden Musterverordnung eingehen. Gegen die Bundesrepublik Deutschland ist derzeit ein EU-Vertragsverletzungsverfahren anhängig. Es geht dabei um die bis dato nicht erfolgte Sicherung der FFH-Gebiete, und es drohen erhebliche Strafzahlungen.

Um dem zu begegnen, haben das Umweltministerium und der Niedersächsische Landkreistag Mitte 2014 eine politische Vereinbarung abgeschlossen mit dem Ziel, alle niedersächsischen FFH-Gebiete bis 2018 hoheitlich zu sichern.

Meine Damen und Herren, hätte der frühere Umweltminister Sander diesen Weg rechtzeitig eingeschlagen, hätten wir das heute auftretende Problem nicht. Dann wäre nämlich sehr viel mehr Zeit gewesen, um ganz entspannt eine ordnungsgemäße Umsetzung voranzubringen.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Also ist das, was Sie machen, nicht ordnungsgemäß? - Gegenruf von Gerd Ludwig Will [SPD]: Dieser Minister hat doch gar nichts gemacht!)

- Ich weiß nicht: Wer hat jetzt das Wort?

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Einen Moment, bitte, Herr Kollege! - Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, dass Herr Kollege Brammer jetzt das Wort hat. Herr Kollege Hocker, Sie haben noch Restredezeit, falls Sie sich gleich noch einmal zu Wort melden möchten. - Bitte, Herr Kollege Brammer!

**Axel Brammer (SPD):**

Ich bin sehr dafür, dass wir uns im Fachausschuss darüber unterhalten, wie dafür gesorgt werden kann, dass unsere Fischereiverbände bei der Umsetzung der Schutzgebietsverordnungen nicht unter die Räder kommen. Es darf natürlich nicht sein, dass Angler und andere durch die Ausweisung von Schutzgebieten Nachteilen ausgesetzt sind, wenn das nicht zwingend erforderlich ist. Das dürfen wir in der Tat nicht zulassen.

(Zustimmung von Helmut Dammann-Tamke [CDU])

Den von der FDP vorgelegten Antrag brauchen wir dafür allerdings definitiv nicht.

Herr Dr. Hocker, Sie fordern in Ihrem Antrag zum einen, den NLWKN anzuweisen, die Musterverordnung über die Sicherung von Naturschutzgebieten zurückzuziehen. Außerdem soll die Landesregierung auf den Niedersächsischen Landkreistag einwirken, seine Arbeitshilfe zur Sicherung der Natura-2000-Gebiete ebenfalls zurückzuziehen.

Dabei gehen Sie davon aus, dass diese beiden Papiere räumlich und rechtlich verbindliche Verbote enthalten. Das ist aber nicht der Fall. Sie sind eine Arbeitshilfe gemäß den europäischen Vorgaben für die unteren Naturschutzbehörden. Ziel der Empfehlung des NLT ist es, allgemeine und nicht auf einzelne Gewässer verortete grundsätzliche fachliche Hinweise für die Sicherung der FFH-Gebiete zu geben. Musterverordnungen und Arbeitshilfen ersetzen eben nicht die individuelle Einzelprüfung vor Ort.

Und wer von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Kreistag sitzt, der bekommt das ja auch mit. Das läuft doch zurzeit überall. Bei uns im Kreistag beschäftigen wir uns in der nächsten Wo-

che wieder mit zwei Verordnungen. Die werden ordnungsgemäß abgehandelt, und natürlich kommen dabei die Angler zu Wort.

Das ist Aufgabe der Naturschutzbehörden. Die unteren Naturschutzbehörden haben dann zwischen den europarechtlichen Vorgaben und den Interessen vor Ort, z. B. denen der Angler, abzuwägen. In der Regel dürfte das Angeln eine zu geringe Beeinträchtigung darstellen, um es zu verbieten. Deshalb kann von einem „generellen Angelverbot“ auch überhaupt keine Rede sein. Die Sicherung eines FFH-Gebietes erfolgt durch Kreistagsbeschluss nach einem rechtlich normierten Verfahren.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Herr Kollege Brammer, lassen Sie eine Frage des Kollegen Dr. Hocker zu?

**Axel Brammer (SPD):**

Ja, wenn die Uhr angehalten wird.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Das wird sie, Herr Brammer. - Bitte, Herr Hocker!

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Vielen Dank, Herr Kollege Brammer, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen.

Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Sie eben die Einflussmöglichkeiten der Angler auf Kreisebene beschrieben haben, frage ich Sie, warum bei den bisherigen Diskussionen die Landesangler in keiner Weise gehört wurden. Warum hat man das allein den Landkreisen überlassen, sodass sich das Umweltministerium und der Landtag mit den Belangen, die auf Landesebene hätten formuliert und einbezogen werden können, überhaupt nicht beschäftigen konnten?

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank. - Bitte!

**Axel Brammer (SPD):**

Herr Dr. Hocker, wir reden hier über die Umsetzung der FFH-Richtlinie. Da geht ein Landkreis nach einem bestimmten Muster vor: Er schreibt eine Schutzgebietsverordnung und gibt sie in die Anhörung. - Das ist auch logisch; denn wir auf Landesebene können das nicht. Die Landschaft in Niedersachsen ist so unterschiedlich; das muss vor Ort geklärt werden.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Verbände anhören!)

Dort können die Angelvereine zu Wort kommen. Wir haben uns am Dienstag im Umweltausschusses unseres Kreistages - da bin ich Mitglied - mit einer Schutzgebietsverordnung befasst, in der ursprünglich auch stand, dass Angeln verboten werden soll. Die Angler haben sich dagegen gewehrt, und der Landkreis hat das als untere Naturschutzbehörde angenommen.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: So weit musste es erst kommen!)

- Nein, das gehört zum Verfahren dazu! Wenn Sie das nicht begreifen, dann kann ich es auch nicht ändern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich fahre fort.

Die beiden Fischereiverbände in Niedersachsen sind - daran möchte ich erinnern - anerkannte Naturschutzverbände. Damit sind sie wichtige Partner für unsere unteren Naturschutzbehörden. - Aber das, Herr Dr. Hocker, Herr Grascha, wissen Sie ja auch alles schon. Sie haben am 14. Juni dazu eine Kleine Anfrage gestellt. Wenn Sie die ausführliche Antwort darauf gelesen hätten, dann wären alle diese Fragen geklärt gewesen. Wozu also dieser Antrag?

Es bleibt die Frage: Warum werden Schutzgebietsverordnungen erst jetzt umgesetzt? - Es ist heute nicht mehr zu klären, ob Herr Sander die seit Langem notwendigen Hilfen für die Kommunen in Fragen der Schutzgebietsverordnungen verschlafen oder bewusst liegen gelassen hat. Auch Herr Dr. Birkner hätte zu seiner Zeit als Umweltminister noch Zeit gehabt, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen. Auch hier kann man nur spekulieren, ob er sie unter dem großen Stapel der unerledigten Aufgaben nicht gefunden hat oder ob er sie nicht finden wollte.

Aber das alles können wir im Fachausschuss klären. Wenn es uns gelingt, die aufgeheizte Stimmung bei den Fischereivereinen zu beenden und ihnen zu helfen, dann hätten wir viel erreicht. Ich freue mich auf eine konstruktive Arbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Kollege Brammer. - Es folgt nun für die CDU-Fraktion Herr Kollege Oesterhelweg. Bitte!

**Frank Oesterhelweg (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niedersachsens Kulturlandschaften lassen - zum Teil auch trotz intensiver Nutzung - der Natur vielfältige Spielräume. Kein Bundesland hat so unterschiedliche und allesamt reizvolle Landschaften zu bieten wie Niedersachsen. Sie zu gestalten und zu erhalten, ist eine unserer wichtigsten Aufgaben.

(Zustimmung bei der CDU)

Selbstverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben Umwelt- und Naturschützer daran einen Anteil. Aber was sind das eigentlich für Menschen? - Klar: Das sind natürlich aktive Mitglieder von NABU, BUND usw. Aber die gibt es ja noch nicht so lange. Wer also war es sonst noch, der diese schönen Landschaften gestaltet hat? - Ja, meine Damen und Herren, auch wenn es Ihnen nicht gefällt: Es sind unsere Landwirte, es sind unsere Forstleute, es sind unsere Jäger und auch unsere Angler, die diese Kulturlandschaft gestaltet haben und pflegen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Das tun sie auch - und das ist wirklich wichtig -, indem sie sie nutzen, und zwar verantwortungsbewusst und maßvoll. Und das ist, lieber Herr Kollege Hocker, für viele sogar mehr als ein Hobby. Das ist für viele Passion, Leidenschaft und innere Verpflichtung. Sie kommen dieser Aufgabe auf einer Weise nach, an der sich andere ein Beispiel nehmen sollten.

Meine Damen und Herren, nicht nur bei der Denkmalpflege gilt der Grundsatz „schützen durch nützen“. Das passt auch in diesem Bereich. Man müsste diese Menschen einmal fragen, wie sich unsere schönen Landschaften, unsere Wälder und Gewässer so prächtig entwickeln konnten, ohne dass Leute wie Sie sie vor 100 Jahren schon unter vollständigen Schutz gestellt haben. Das kann eigentlich gar nicht möglich sein.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ihnen passt das mit dem „schützen durch nützen“ nicht. Das passt nicht in Ihre Ideologie, die Sie zum Teil schon mit - so möchte ich es einmal formulie-

ren - religiös-fanatischem Eifer vor sich hertragen und unserer Gesellschaft überstülpen wollen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Erst die Bauern, dann die Jäger, dann die Förster - und jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wohl die Angler dran. Das machen wir nicht mit!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich will nicht alles wiederholen, was wir eben schon an Richtigem zu Natura 2000, zur Umsetzung, zur Arbeitshilfe des NLT, zur Musterverordnung gehört haben. Dazu ist von Herrn Dr. Hocker vorweg schon viel Sinnvolles gesagt worden.

Sie wollen, über NLWKN gesteuert und leider durch den Landkreistag weitergegeben, das Angeln großräumig untersagen, Sie wollen das Nachtangeln verbieten, Sie wollen das Bewaten verhindern, Sie wollen das Betreten einschränken, Sie wollen das Anfüttern verhindern und den Besatz einschränken oder sogar beenden. Das, meine Damen und Herren, ist in der Tat, so Anglerpräsident Werner Klasing, „ein Schlag ins Gesicht von 90 000 Bürgern, die große Teile ihrer Freizeit und private Mittel aufwenden“ - für unsere Gewässer.

Und falls Sie es noch nicht mitbekommen haben: Diejenigen, die Sie jetzt massiv einschränken wollen, die Sie bei ihrer wertvollen Arbeit auch für unsere Gewässer behindern wollen, erfüllen eine außerordentliche Anzahl von Aufgaben für diese Gesellschaft. Nicht erst, aber besonders bei einer Veranstaltung des Kollegen Angermann konnte ich mich im Gespräch mit sehr vielen Anglerinnen und Anglern davon überzeugen.

90 000 Menschen in 335 Vereinen, größter anerkannter Naturschutzverband - warum hören Sie nicht wenigstens auf diese Menschen, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie verkörpern geradezu Sach- und Fachkunde. Sie kümmern sich um Renaturierungen, um Naturschutz, sie befördern Gewässerqualität, sie pflegen und sie säubern auch einmal diese Gewässer von den Hinterlassenschaften der Wohlstandsgesellschaft. Sie passen ein bisschen auf. Sie fühlen sich verantwortlich. Sie machen auch Behörden und andere auf bestimmte Dinge aufmerksam.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Keiner sagt das Gegenteil!)

Sie setzen viel Nachzucht aus. Besatz ist ein ganz großes Thema. Gerade die Angler, die Sie hier so beschränken wollen, tragen beispielsweise durch Besatz zur Artenvielfalt und Biodiversität bei, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie arbeiten für dieses Ziel und nicht - wie Sie offensichtlich - dagegen.

Dazu darf ich sagen: Ich bin zwar kein Angler. Ich kann also nicht mit diesem Ausweis aufwarten. Das ist ein kleiner Makel; ich will das gerne zugeben. Aber ich bin zumindest Lachspate der AOLG. Sie werden sich fragen, was das ist. Das ist die Aller-Oker-Lachsgemeinschaft. So ein bisschen weiß ich also auch, wovon ich rede.

Und diese Leute bekommen jetzt - ich weiß nicht, ob es auf der Liste steht oder nicht; das ist mir auch egal - zumindest symbolisch von Rot-Grün einen Tritt in den Hintern. Das dürfen wir nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Angler tragen zur Umweltbildung und zur Umweltberatung bei, zur Jugendarbeit, zur Prävention, zur Integration - das ist sehr interessant; das fand ich neulich beim Kollegen Angermann - und zum gesellschaftlichen Leben bei. Wenn Sie es mir nicht glauben, wenn Sie Beweise brauchen, schauen Sie sich einmal die Beispiele auf der Internetseite an.

Die Angler wurden von Ihnen nicht eingebunden, das LAVES wurde nicht eingebunden, die Praxis wurde nicht eingebunden. Sie verstecken sich wieder einmal hinter der EU. In den Landkreisen soll es dann geregelt werden, und - was für eine Gnade! - dort dürfen die Fachleute dann auch etwas sagen.

Das, was Sie, meine Damen und Herren, als Arbeitshilfen zur „Verwaltungsvereinbarung“ auf den Weg gebracht haben, ist eine Liste von Folterinstrumenten für unsere Anglerinnen und Angler.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie schreiben in der Antwort auf die Anfrage des Kollegen Bäumer, die Angelvereine seien Partner von Kommunen und Land beim Gewässerschutz. - Aber mit Partnern, meine Damen und Herren von Rot-Grün, geht man so nicht um. Ich denke, das dürfte eindeutig sein.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir erwarten die Rücknahme der Muster-VO des NLWKN, wir erwarten vom NLT die Rücknahme der Arbeitshilfe,

(Hans-Joachim Janßen [GRÜNE]:  
Dann wenden Sie sich doch an den NLT!)

und wir erwarten von Ihnen, dass Sie endlich mit den Praktikern sprechen und ihre wichtige Arbeit würdigen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Kollege Oesterhelweg. Das von Ihnen verwendete Wort steht zwar nicht auf der „Giftliste“, aber wir sollten es dennoch nicht in unseren alltäglichen Sprachgebrauch aufnehmen. - Vielen Dank.

Wir fahren nun fort mit dem Kollegen Janßen für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht können wir uns dem Antrag ein bisschen sachlicher nähern.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Immer die alte Leier! Versuche es doch selber einmal!)

- Es steht der Opposition durchaus zu, aus Kleinigkeiten einen Donnerschlag zu machen. Dafür gibt es noch einen anderen Begriff. Das ist ja auch okay. Das bleibt Ihnen ja auch unbenommen.

(Editha Lorberg [CDU]: Wenn Sie reden, wird es unsachlich! Das ist jetzt schon klar! - Weitere Zurufe von der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Janßen! Sie fahren erst fort, wenn Ruhe eingekehrt ist. - Bitte sehr!

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit Natura 2000 entsteht ein europaweites Netz für den Naturschutz. Im Jahr 2013 hätte die Sicherung der wertvollen Gebiete in Deutschland und in Niedersachsen abgeschlossen sein sollen. Diese Latte haben wir in Niedersachsen krachend gerissen,

weil Schwarz-Gelb jahrelang das Vorgehen verschleppt und gegen den Naturschutz taktiert hat.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Ach was!)

Die EU hat mittlerweile mit der Einleitung eines Vertragsverletzungsverfahrens reagiert.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Aha!)

Die gebotene Unterschutzstellung soll nun bis 2018 erreicht werden. Darauf haben sich das Land und der Niedersächsische Landkreistag verständigt. Die Musterverordnung des NLWKN und die Arbeitshilfe des NLT dienen dafür als Orientierungshilfen.

Von pauschalen Angelverboten kann hier jedoch nicht die Rede sein. Die Sicherung der Natura-2000-Gebiete ist Aufgabe der Landkreise. Dabei gilt es, die Schutzgebietsverordnung entsprechend den Anforderungen vor Ort auszugestalten.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist der Grund, warum die Leute alle so frustriert sind! Weil immer alle, wenn sie Mist bauen, mit dem Finger auf Brüssel zeigen!)

In Schutzgebieten dürfen die wertgebenden Fischarten, Brutvögel oder wertvolle Ufer- oder Wasservegetation nicht beeinträchtigt werden. Das ist die Vorgabe aus der FFH-Richtlinie.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist nicht Brüssel! Erzählen Sie nicht so einen Unsinn!)

Welche Regelungen dafür erforderlich sind, muss je nach Schutzzweck und Schutzgebiet vor Ort abgewogen werden.

(Christian Dürr [FDP]: Das ist totaler Quatsch, Herr Janßen!)

Unter Wahrung der Naturschutzziele müssen bei dieser Abwägung auch die Belange der Angelfischer berücksichtigt werden. Niemand hat ein Interesse, die Angler zu vertreiben, und auch die Angler haben in aller Regel ein großes Interesse am Naturschutz.

(Ulf Thiele [CDU]: Lassen Sie es doch!)

Intakte Gewässer bilden die Grundlage für die Angelfischerei. Deshalb leisten Angelvereine und Sportfischervereine unverzichtbare Arbeit - - -

(Christian Dürr [FDP]: Was Sie machen, Herr Janßen, immer die EU vorzuschieben, ist brandgefährlich!)

- Herr Dürr, hören Sie doch einfach zu!

(Christian Dürr [FDP]: Genau das, was Sie gerade machen, ist Wasser auf die Mühlen der Rechten!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Janßen!

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Deshalb leisten - - -

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Einen Moment, bitte, Herr Kollege Janßen!

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Also - - -

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Moment! Jetzt habe nur ich hier oben das Wort! - Zum weiteren Verfahren: Herr Dürr, Sie haben nicht das Wort. Herr Kollege Oesterhelweg bittet den Kollegen Janßen, eine Frage stellen zu dürfen. Lassen Sie das zu?

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Ja, das lasse ich zu.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Dann bitte, Herr Kollege Oesterhelweg!

**Frank Oesterhelweg (CDU):**

Herzlichen Dank. Ehrlich gesagt, hatte ich bei Ihnen gar nicht damit gerechnet. Sonst lassen Sie es ja nicht zu. Aber ich habe trotzdem eine Frage.

(Heiterkeit bei der CDU)

Herr Kollege, gibt es denn diese - ich will es nett formulieren - in Erwägung gezogenen Verbote, Angelverbote, Nachtangelverbote, Besatzverbote, so großräumig wie auf dieser Karte dargestellt, auch in anderen Ländern der Europäischen Union, oder ist das vielleicht nicht doch etwas, was uns hier in Niedersachsen „auszeichnet“?

(Zustimmung bei der CDU - Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist doch keine politische Frage! Er ist doch nicht Ihr Rechner! - Ulf Thiele [CDU]: Die

Holländer kennen es nicht! Da bin ich mir sicher! Die Dänen auch nicht!

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bitte, Herr Kollege!

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Die Karte, die Sie zugrunde gelegt haben, umfasst einen bestimmten Lebensraumtyp, für den diese Option besteht, es im Einzelfall zu machen.

Aber, Herr Oesterhelweg, ich bleibe ganz konkret bei der Aussage, dass die Landkreise vor Ort die Verordnung beschließen. Das sind im Allgemeinen die politischen Gremien; ich habe jedenfalls noch nichts anderes vernommen. Es ist im Allgemeinen der Kreistag, der über eine solche Verordnung beschließt. Vor Ort - das kenne ich durchaus auch aus eigener Erfahrung als Mitarbeiter einer Kreisverwaltung - wird sehr genau abgewogen und versucht, die unterschiedlichen Ansprüche an einen Naturraum miteinander in Einklang zu bringen.

Ich bitte Sie ganz dringend, die Kompetenzen der Landkreise vor Ort nicht völlig in Zweifel zu ziehen. Das tun Sie nämlich hiermit.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bevor Sie fortfahren: Auch Herr Kollege Thiele hat darum gebeten, eine Frage stellen zu dürfen.

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Herr Thiele, Sie können das auch gerne tun.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bitte, Herr Thiele!

**Ulf Thiele (CDU):**

Mensch, Herr Janßen! Vielen Dank.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Janßen, sind Sie nicht auch der Auffassung, dass es auffällig ist, dass in anderen europäischen Nachbarländern Vorgaben und argumentative Verbindungen dieser Art im Zusammenhang mit der Umsetzung der Natura-2000-Richtlinie nicht bestehen, dass sie aber in Niedersachsen in dieser Form - und zwar schon in der Debatte mit dem Landkreistag - als Vorgabe und als Argumentation des NLWKN eingebracht wurden?

Und finden Sie es nicht auch langsam fahrlässig, dass man Dinge, die man politisch im eigenen Land in eigener Verantwortung umsetzen möchte, den Landkreisen als Handreichung zur Umsetzung

vorgibt, dass man aber am Ende, wenn es eng wird, immer mit dem Finger auf Brüssel zeigt, was wiederum zur Konsequenz hat, dass die Menschen immer mehr Verdruss über Brüssel haben und deswegen Rattenfänger in diesem Land Zulauf bekommen?

(Zustimmung bei der CDU - Gerald Heere [GRÜNE]: Fragen, keine Debattebeiträge!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Herr Thiele, dass Sie hier ein Statement geschickt in eine Frage verpackt haben, ist hier angekommen. Das haben wir natürlich gemerkt. - Aber das nur als Rückmeldung an Sie.

(Heiterkeit)

Bitte, Herr Kollege Janßen, antworten Sie!

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Zunächst zu der letzten Bemerkung, die ich eben auch schon als Zwischenruf - ich glaube, von Herrn Dürr -

(Christian Dürr [FDP]: Ja!)

wahrgenommen habe.

Ich würde sagen: Das, was sogenannten Rattenfängern vom rechten Rand das Publikum zutreibt, sind verunglimpfende Fehldarstellungen, die populistisch versuchen, Strömungen aufzunehmen, die schlicht und ergreifend durch die Realität nicht gedeckt sind. Da fassen Sie sich bitte einmal an die eigene Nase. - Das ist die Antwort auf die erste Frage.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die zweite Frage bezog sich darauf, dass es so etwas in anderen Ländern möglicherweise nicht gibt. - Ich muss ehrlich sagen, ich habe zur Vorbereitung dieser Rede nicht in europäischen Ländern nachgesehen, welche Empfehlungen und Vorgaben es dort im Einzelfall gibt.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Ich halte es aber für sinnvoll und hilfreich, dass wir - weil wir es in Niedersachsen unter Schwarz-Gelb ja nun hinnehmen mussten, dass die Bezirksregierungen und damit die Instanzen, die bis 2006 Natura-2000-Gebiete umgesetzt haben, aufgelöst wurden, wodurch das Ganze auf etwas mehr als 50 untere Naturschutzbehörden übertragen wurde - dafür sorgen, dass nicht jede untere Naturschutzbehörde das jeweils wieder neu erfinden



muss. Es ist gerade in Niedersachsen notwendig, solche Handlungsleitfäden zu geben, weil die unteren Naturschutzbehörden ansonsten ja völlig im Regen stehen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Also, wir brauchen die. Und da können Sie auch sich nicht herauslügen. Das ist in Nordrhein-Westfalen schon ganz anders. Die haben die Bezirksregierungen. Hier haben Sie die ja aufgelöst; Sie haben ja gemeint, das war alles überflüssig.

(Zuruf von Christian Dürr [FDP])

Jetzt würde ich gern in meinen Ausführungen fortfahren, weil auch die Uhr inzwischen wieder weiterläuft.

Ich war dabei, die Anglervereine herauszuheben.

Deshalb leisten nämlich die Anglervereine unverzichtbare Arbeit für den Naturschutz, beispielsweise mit ihrem Engagement für den Fischartenschutz, für Renaturierung und Gewässerdurchgängigkeit sowie Gewässerreinigung. Dafür sind wir den Angler- und Sportfischerverbänden in Niedersachsen ausgesprochen dankbar, meine Damen und Herren.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Sie schlagen ihnen ins Gesicht!)

Der Anglerverband Niedersachsen argumentiert jetzt allerdings so, als handele es sich um ein flächendeckendes Angelverbot. Das ist aber nicht richtig; das habe ich gerade ausgeführt. Im Papier des Landkreistages ist es an bestimmten Gewässerabschnitten als Empfehlung benannt, die bei entsprechenden Voraussetzungen im Einzelfall zur Anwendung kommen kann.

Bei der NLWKN-Musterverordnung ist die mögliche Festsetzung gekennzeichnet als beispielhafter Inhalt, der im Einzelfall, je nach Erfordernis, anzupassen ist. - Das ist genau das, was ich gerade vorgetragen habe.

Und das tun die Landkreise im Einzelfall auch. Sie sind verpflichtet, im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung die Angler entsprechend einzubinden.

Der zweite Fischerverband in Niedersachsen, der Landesfischereiverband Weser-Ems, ist da übrigens deutlich konstruktiver unterwegs. Auch dort wurde durchaus festgestellt, dass in einzelnen Landkreisen Formulierungen aus den Arbeitshilfen ohne ausreichende Begründung übernommen wurden. Der Verband empfiehlt, in diesen Fällen

Gespräche mit den jeweiligen Behörden zu suchen und Verbesserungsvorschläge zu machen.

Das, meine Damen und Herren, scheint mir auch das deutlich sinnvollere Vorgehen zu sein. Sie wissen, bei allen möglichen Vorhaben - egal, ob es sich um Naturschutz oder etwa Straßenbauvorhaben handelt - gibt es erhebliche Mitsprache-, Mitbeteiligungsmöglichkeiten, und die sollten auch in diesem Fall genutzt werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Kollege Janßen. - Es gibt eine Kurzintervention auf Sie. Bitte, Herr Kollege Angermann, CDU-Fraktion!

#### **Ernst-Ingolf Angermann (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Janßen, Sie fordern Sachlichkeit ein, beginnen aber damit, dass Sie dies als Kleinigkeit bezeichnen und uns dann mit dem Wort „Donnerknall“ beschimpfen. Das ist wahrlich keine Sachlichkeit.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Herr Oesterhelweg sagte schon, dass ich im Kreis Celle die Anglerverbände eingeladen hatte. Daraufhin sind weitaus mehr Angler gekommen, als ich gedacht hatte. Das zeigt die Sorgen, die sie vor Ort haben, wenn es heißt, dass die Heidebäche möglicherweise nicht mehr so beangelt werden dürfen wie bisher.

Die Angler haben klar ausgeführt: Es kann nicht sein, dass zukünftig der Landkreis - der ja beschließendes Organ ist -, seine Schutzverordnungen davon abhängig macht, wie die Mehrheiten im Landkreis sind. Aber genau das wird der Fall sein: Wo Rot-Grün regiert, werden wir damit rechnen müssen, dass Angelverbote vermehrt ausgesprochen werden. Das ist jedenfalls die große Sorge, die bei den Anglerverbänden besteht.

Weitere Kernpunkte, die sie vorgebracht haben, sind, dass der Rückgang der Angelerlöse, mit dem sie zukünftig rechnen müssen, dazu führt, dass die Fischbesätze, die sie bisher gefördert haben, nicht mehr in der Form erfolgen können - und das heißt eben auch, dass die Artenvielfalt verringert wird. Dazu nur ein Beispiel: Vor 20 Jahren hatten wir beispielsweise in der Oker 20 Fischarten, und jetzt

sind es 30. Das zeigt, die Angler haben hervorragende Arbeit geleistet. Ebenso wird die Jugendförderung nicht mehr so durchgeführt werden können, wie es in der Vergangenheit der Fall war.

Das sind die Sorgen der Angler vor Ort. Diese Sorgen müssen aufgenommen werden. Deshalb müssen mit den Anglern Gespräche geführt werden. Aber ich habe den Eindruck, Sie haben mit den Anglern keine Gespräche geführt, sondern wollen das einfach durchziehen. Sie machen es den Landkreisen einfach,

(Glocke der Präsidentin)

und die Folge wird sein, dass die Anglerverbände ihr Interesse verlieren, weil das Ganze für sie nicht mehr lukrativ ist.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bitte ein letzter Satz, Herr Kollege!

**Ernst-Ingolf Angermann (CDU):**

Die Anglerverbände werden nicht mehr so viel Zulauf haben wie bisher, und darunter wird der Naturschutz in der Fläche leiden. Aber das darf nicht sein!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank. - Kollege Janßen antwortet Ihnen. Bitte!

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf den „Donnerknall“ eingehen. Sie haben uns im Prinzip unterstellt: Wenn man darauf verzichtet, die Musterverordnung des NLWKN und die Arbeitshilfe des NLT zu überarbeiten, spielt man den Rechtspopulisten in die Hände. - Das weise ich noch einmal zurück!

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Recht hat er gehabt!)

Man kann das übrigens auch durchaus umgekehrt sehen. - Genau das habe ich gesagt, und dazu stehe ich auch.

Der andere Punkt ist: Ich glaube, dass diejenigen, die vor Ort die jeweiligen Verordnungen zu erarbeiten haben, sehr genau abwägen, was sie im Einzelfall tun. Die Angler werden genauso wie alle anderen Naturschutzverbände, genauso wie alle anderen Nutzergruppen behandelt. Denn natürlich wird bei jeder Schutzgebietsausweisung z. B. auch

mit Landwirten oder mit der Landwirtschaft, der verfassten Landwirtschaft - je nachdem -, gesprochen.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Haben Sie schon mal mit denen gesprochen, Herr Kollege?)

- Ja, mehrfach sogar.

(Martin Bäumer [CDU]: Dieses permanente Misstrauen geht denen auf den Zeiger!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Herr Kollege Janßen, Sie sind bei der Antwort auf die Kurzintervention. Die Ihnen dafür zur Verfügung stehende Zeit von anderthalb Minuten ist gleich um.

**Hans-Joachim Janßen (GRÜNE):**

Ich wollte auch nur noch einmal darauf hinaus, dass ich an Ihrer Stelle den Landkreisen die entsprechende Kompetenz zutrauen würde. Das Ganze ist vor Ort in guten Händen. Ich glaube nicht, dass die Landkreise blind irgendwelche Vorgaben übernehmen. Im Übrigen sind es auch gar keine Vorgaben, sondern Empfehlungen. Darauf hinzuweisen, lege ich großen Wert.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank. - Wir fahren in der Beratung fort. Nun hat nochmals für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bosse das Wort. Für Sie sind es 2:21 Minuten.

**Marcus Bosse (SPD):**

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ist festzustellen, dass bei uns und von uns niemand getreten wird, weder in den Hintern noch sonstwohin.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Dr. Gero Hocker [FDP]: Von Ihnen vielleicht nicht!)

- Niemand.

Wir werden und wollen auch niemanden gängeln.

(Zuruf von der CDU: Das tun Sie aber!)

- Das tun wir nicht. Das wollen wir nicht.

Ich sage noch einmal - aber auch wenn ich es gebetsmühlenartig wiederhole, wollen Sie es offenbar nicht verstehen -: Es geht hier um eine Musterverordnung des NLWKN, um eine Arbeitshilfe des Niedersächsischen Landkreistages. Die Landkreise haben eine Menge Kompetenz an der Stelle, und die Mustervereinbarung hat rechtlich keine Bindung, weil es - das sage ich noch einmal ganz deutlich -, ein Muster ist. Ich habe den Eindruck, dass die von mir aus gesehene rechte Seite des Hauses kein Vertrauen zu den Landkreisen, zu den unteren Naturschutzbehörden hat.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Sie müssen eine Vorlage machen!)

- Nein.

So sieht es offenbar aus. Es geht doch um eine Verwaltungsvereinfachung. In Niedersachsen sind noch 180 Gebiete auszuweisen. An dieser Stelle geht es um eine Vereinfachung.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Herr Kollege Bosse, lassen Sie eine Frage des Kollegen Oesterhelweg zu?

**Marcus Bosse (SPD):**

Nein, das tue ich nicht.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Dann fahren Sie fort.

**Marcus Bosse (SPD):**

Wir wissen doch beide, was für ein langer Prozess es ist, bevor ein Gebiet ausgewiesen werden kann. Da wird mit der Landwirtschaft gesprochen, es wird mit den Grundstückseigentümern gesprochen, und es wird natürlich auch mit den Anglern gesprochen. Das muss an dieser Stelle auch sein; denn die Anglerverbände und -vereine sind natürlich Partner beim Gewässerschutz. Das ist an dieser Stelle doch selbstverständlich.

Es ist doch völlig unangemessen und an den Haaren herbeigezogen, zu unterstellen, dass Angelverbote geplant sind.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Und warum werden sie dann empfohlen?)

Ich sage hier: Es wird keine Angelverbote geben. Punkt. Das ist so.

(Zurufe von der CDU)

Die wird es so nicht geben, weil die Anglerverbände gehört werden und die unteren Naturschutzbehörden immer im Dialog entscheiden. Dazu wird es kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Darum: Hören Sie bitte endlich mit diesen vielen Unterstellungen auf! Ich kann es nicht mehr hören.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten! - Weitere Zurufe - Unruhe)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Kollege. - Wir fahren jetzt ruhig fort. Zu einer Kurzintervention hat nun Herr Kollege Bäumer von der CDU-Fraktion das Wort. Bitte, Herr Bäumer!

**Martin Bäumer (CDU):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Merken Sie, wie dünnhäutig die Kollegen auf der linken Seite des Hauses bei diesem Thema werden? - Die haben nämlich gespürt, dass sie sich damit völlig verrannt haben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich sage Ihnen als Vertreter des ländlichen Raumes ganz deutlich: Ich mag diesen Blödsinn nicht mehr hören.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie sagen, die Landkreise können von all dem, was aus Hannover kommt, natürlich abweichen und können es alles ganz anders machen. Aber das Gegenteil ist doch der Fall. Denn die Menschen in den Landkreisen und in den Verwaltungen der Naturschutzbehörden werden sagen: Das kommt aus Hannover, und wenn wir uns daran halten, dann sind wir auf einem sicheren Weg.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Insofern spielen Sie den Schwarzen Peter nach unten. Aber der Schwarze Peter gehört zu Ihnen. Sie machen es sich an dieser Stelle zu einfach.

Ich sage Ihnen im Namen von vielen Jägern, von Waldbauern und von Anglern ganz deutlich: Ich habe die Schnauze voll,

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Petra Tiemann [SPD]: Jetzt reicht es aber!)

dass Sie die FFH-Richtlinie dazu missbrauchen wollen, um diese Menschen zu gängeln. Dass die

Ihnen nicht vertrauen, liegt einfach daran, dass Sie denen nicht vertrauen, weil Sie ihnen ständig unterstellen, dass sie nicht vernünftig wirtschaften können. Dabei waren es gerade diese Menschen, die Jäger, die Angler und die Waldbauern, die dafür gesorgt haben, dass unsere Natur in diesem guten Zustand ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mit all dem, was aus diesem Umweltministerium kommt, mit all den Verordnungen, mit den Gängeleien und mit den Folterwerkzeugen,

(Petra Tiemann [SPD]: Jetzt reicht es aber!)

werden Sie erleben - das prophezeie ich Ihnen -, dass Sie am Ende nicht mehr Naturschutz bekommen, sondern weniger.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bäumer. Bei aller Leidenschaft darf ich auch Sie bitten, ein wenig auf Ihren Sprachgebrauch zu achten. - Nun antwortet Ihnen Herr Kollege Bosse.

#### **Marcus Bosse (SPD):**

Nun versuchen wir, mal wieder sachlich zu werden.

Ich glaube, all diejenigen, die im Umweltausschuss sitzen - zumindest die; wahrscheinlich auch die Kommunalpolitiker -, wissen, dass die Gebiete bis 2018 ausgewiesen werden müssen. Es gibt noch etwa 180 Gebiete, die ausgewiesen werden müssen. Darum kommen wir nicht herum. Ansonsten stehen richtig hohe Zahlungen ins Haus. Das möchte niemand,

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das behaupten Sie doch immer nur! Diese Regelung haben Sie doch selbst geschaffen!)

offenbar auch nicht der Landkreistag, mit dem es dementsprechend eine Zielvereinbarung gibt. Hier verrennt sich niemand, auch der NLT nicht, die ja die Musterverordnung gemeinsam zur Verwaltungsvereinfachung abgeschlossen haben. Hier wird niemand gegängelt. Niemand wird getreten.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Doch, natürlich!)

Das Gegenteil passiert: Man wird miteinander reden und wird, wie es auch bei uns der Fall ist, zu vernünftigen, richtigen Lösungen kommen, die im Dialog mit den Beteiligten vor Ort getroffen werden, nämlich mit der Landwirtschaft, mit den Gebietseigentümern, selbst mit den Jägern

(Ulf Thiele [CDU]: Selbst mit denen!)

und natürlich vor allen Dingen auch mit den Anglern, meine sehr verehrten Damen und Herren. Hören Sie daher bitte auf, eine Scheindebatte über Dinge zu führen, die wahrscheinlich gar nicht passieren werden!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Frank Oesterhelweg [CDU]: Wahrscheinlich! Wahrscheinlich! - Jens Nacke [CDU]: „Selbst mit den Jägern“ - das lässt ja tief blicken!)

#### **Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Kollege Bosse. - Wir fahren fort. Für die FDP-Fraktion hat nun nochmals Herr Kollege Dr. Hocker das Wort.

#### **Dr. Gero Hocker (FDP):**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrte Frau Präsidentin! Ich muss mich schon wundern über die Redebeiträge, die ich eben von den Kollegen von der SPD und den Grünen gehört habe. Sie alle haben uns erklärt, dass die Entscheidung letzten Endes in den Landkreisen getroffen wird, dass dort die Diskussionen mit den Anglern endlich stattfinden, dass man das deswegen auf Landesebene nicht hätte machen müssen und dass die Landkreise letzten Endes das letzte Wort haben.

Dann frage ich Sie, Herr Kollege Bosse: Was soll dann überhaupt diese Musterverordnung, wenn die Entscheidung tatsächlich vor Ort getroffen werden soll?

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist doch keine ernsthafte Frage! Das ist ja unfassbar!)

Welchen Rechtscharakter hat das eigentlich, was Ihr Haus verlassen hat, Herr Minister? Was will man eigentlich damit bezwecken, wenn die Entscheidung Ihrer Meinung nach am Ende vor Ort getroffen wird?

Ich sage Ihnen eines: Diese Musterverordnung können Sie bezeichnen, wie Sie wollen. Das kann eine Vorgabe, eine Orientierungshilfe, eine Arbeitshilfe oder eben eine Musterverordnung sein.

Am Ende wollen Sie vor Ort gängeln und wollen Sie vorschreiben, welche Entscheidungen vor Ort getroffen werden. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hocker. - Es gibt nun eine Kurzintervention des Kollegen Brammer auf Sie. Bitte!

**Axel Brammer (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Herr Dr. Hocker, ich glaube, das bringt nichts. Sie wollen hier heute nur Krawall machen.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Das ist unglaublich!)

Sie wollen sich hier hinstellen und uns als die großen Feinde der Naturschutzverbände, Jäger und Angler hinstellen. Lassen Sie uns im Ausschuss sachlich darüber reden! Das, was hier abläuft, bringt überhaupt nichts.

(Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wieso scheuen Sie denn diese Debatte? - Dr. Gero Hocker [FDP]: Ich hatte eine Frage gestellt: Welchen Rechtscharakter hat diese Verordnung?)

- Diese Verordnung ist eine Handlungsanweisung.

(Dr. Gero Hocker [FDP]: Ach so! - Zurufe von der CDU: Eine Anweisung!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Einen Moment, bitte! Zur Kurzintervention hat jetzt nur Herr Kollege Brammer das Wort.

**Axel Brammer (SPD):**

Wenn diese Geschichte - Umsetzung der Schutzgebietsverordnung - nicht jahrelang liegengeblieben wäre, dann hätte man in Ruhe eine Menge machen können.

(Christian Grascha [FDP]: Und jetzt muss das mit der Brechstange festgelegt werden, oder wie? Das ist ja unglaublich!)

Jetzt gibt es die Vereinbarung, dass bis 2018 umgesetzt werden muss. Man hat sich mit dem Niedersächsischen Landkreistag geeinigt, wie man damit umgeht. Die Landkreise stehen dahinter. Sie

werden vor Ort kaum Schwierigkeiten haben. Die Angler werden kaum Schwierigkeiten bekommen.

(Christian Grascha [FDP]: Es geht um die Landkreise!)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Herr Kollege Brammer, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Oesterhelweg zu? - Das ist auch in einer Kurzintervention möglich.

**Axel Brammer (SPD):**

Ja.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bitte!

**Frank Oesterhelweg (CDU):**

Vielen Dank, Herr Kollege Brammer. - Sie haben eben, was die Verordnung angeht, von einer „Handlungsanweisung“ gesprochen. Die anderen Kollegen haben von „Handlungsempfehlung“ gesprochen. Was ist es denn Ihrer Meinung nach jetzt?

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bitte!

**Axel Brammer (SPD):**

Meiner Meinung nach ist es ein Muster, wonach gearbeitet werden kann.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ja!)

Wenn ich das so gesagt habe, tut es mir leid. Dass Sie hier alles so auf die Goldwaage legen

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

und am Ende den ganzen Morgen lang nur hetzen und uns erzählen, dass die Leute in den Landkreisen keine Ahnung haben!

(Christian Dürr [FDP]: Wir sind in guter Gesellschaft! Die Landesregierung genauso!)

Als es darum ging, die Bezirksregierungen aufzulösen, haben Sie uns genau das Gegenteil erzählt. Heute stecken wir in dem Dilemma. Das haben Sie seinerzeit mit der Auflösung der Bezirksregierungen verursacht.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Nun kommen Sie doch nicht mit den alten Kamellen hier an! - Zuruf von der

CDU: Hui! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank. - Herr Kollege Dammann-Tamke, ich habe Ihre Meldung zu einer Kurzintervention gesehen. Sie ist auf eine Kurzintervention aber nicht möglich.

Jetzt hat Herr Kollege Dr. Hocker die Möglichkeit zu antworten. Bitte!

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Den Satz, man muss nicht alles auf die Goldwaage legen, was in diesem Parlament gesprochen wird, Herr Kollege Brammer, ist in Stein gemeißelt. Das ist schon ein sehr interessantes Parlamentsverständnis, das Sie da an den Tag gelegt haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich sage Ihnen eines: Wenn ich mit Ihrer Eierei, was wir heute überhaupt diskutiert haben - Musterverordnung, Anweisung oder Vorgabe; am Ende ist ohnehin im Dutzend alles billiger -, in meinen Anglerverein gehe und versuche, denen zu erklären, was jetzt eigentlich das Umweltministerium verlassen hat und welche Verbindlichkeit dieses Papier haben soll, dann zeigen die mir einen Vogel, schicken mich wieder in den Landtag und verlangen von mir, dass ich noch einmal nachfrage.

Ich sage Ihnen: Genau das werden wir tun. Wir werden eine Anfrage auf den Weg bringen, die genau das zum Thema haben wird: Welchen Rechtscharakter hat eigentlich dieses Papier, das Ihr Haus verlassen hat? - Leider habe ich heute überhaupt keine Antwort auf diese Frage bekommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Einen Moment, bitte, Herr Kollege! - Der Kollege Dammann-Tamke bittet darum, Ihnen eine Frage stellen zu dürfen.

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Herr Dammann-Tamke immer.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Bitte!

**Helmut Dammann-Tamke (CDU):**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hocker. - Während dieser Debatte sind ja auch die Jäger in den Fokus gerückt. Wir haben hier in der letzten Plenarwoche eine Debatte über die Ausweisung von Zonen für die Intervalljagd erlebt.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Sie kommen jetzt zur Frage!

**Helmut Dammann-Tamke (CDU):**

Wir haben Wortbeiträge des Ministers und des Kollegen Siebels, aber auch des Kollegen Janßen dahin gehend erlebt, dass es sich um eine Kann-Regelung handelt.

(Wiard Siebels [SPD]: Das habe ich nie gesagt! Das müssen Sie belegen!)

Sind auch Sie der Auffassung, dass, wenn das im Ministerium in eine Sollregelung umgewandelt wird, dies nicht zur Vertrauensbildung - egal, ob es das ML oder das MU ist - bei Jägern und Anglern beitragen wird?

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank. - Bitte!

**Dr. Gero Hocker (FDP):**

Vielen Dank für die Frage, Herr Kollege Dammann-Tamke.

Ich glaube, dass es sinnvoll ist, vor Ort vor allem diejenigen zu beteiligen, die tatsächlich in der Lage sind, die Situation dort einzuschätzen. Das sind die lokalen Anglerverbände. Wenn man diese Entscheidung tatsächlich den Landkreisen überlassen will, dann bedarf es nicht solcher Papiere, deren Sinn und Zweck am Ende ohnehin niemand in diesem Hause versteht - noch nicht einmal die Fraktionen, die diese Landesregierung tragen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:**

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hocker. - Nun hat das Wort für die Landesregierung Herr Umweltminister Wenzel. Bitte!